



Newsletter März 2010

Verband

Eidgenössischer Fachausweis geht in die nächste Runde

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) konnte im Februar im Projekt Eidgenössischer Fachausweis «Gemeindefachfrau/Gemeindefachmann» die erste Phase «Berufsfeldanalyse und Kompetenzprofil» erfolgreich abschliessen. Ziel war es, die konkrete Praxis der Gemeindefachleute abzubilden. Hierfür wurde das Berufsfeld zunächst anhand eines Rasters strukturiert. Im Rahmen der anschließenden Berufsfeldanalyse folgte eine Beschreibung der typischen Arbeitssituationen und der darin enthaltenen kritischen Erfolgsfaktoren. Die Ergebnisse wurden in einer breit abgestützten Vernehmlassung validiert und darauf aufbauend das Kompetenzprofil entwickelt. Dabei flossen neben den aktuellen Herausforderungen auch Überlegungen in Bezug auf zukünftige Trends und Anforderungen an die Gemeindefachleute mit ein.

Mit der nun anstehenden Projektphase 2, «Prüfungsdesign, Prüfungsordnung und Wegleitung», erfolgt ein Wechsel aus der Welt der Praxis in die Welt der Prüfung. In einem ersten Schritt werden die zuvor beschriebenen Arbeitssituationen in Module zusammengefasst. Im Rahmen von zwei Workshops mit Expertinnen und Experten findet im Mai und Juni abschliessend eine Konkretisie-

rung der Module auf der Ebene der Lernziele, Inhalte und Beurteilungskriterien statt. Mit der Ausarbeitung der Prüfungsordnung und Wegleitung kann erst begonnen werden, wenn auch im parallelen Projekt «Bund und Kantone» die Ergebnisse der Berufsfeldanalyse vorliegen und Gespräche zwischen beiden Projektgruppen im September stattgefunden haben. Zielsetzung der neuen Projektplanung ist es, bis Ende dieses Jahres die entsprechenden Prüfungsgrundlagen zu erarbeiten, um im Januar 2011 die neue Prüfungsordnung und Wegleitung «Gemeindefachfrau/Gemeindefachmann» beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie einreichen zu können.

Vernehmlassungen

Besteuerung des privaten Wohneigentums vereinfachen

Der SGV begrüsst den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter». Mit dieser Initiative will der Hauseigentümerverband den Rentnerinnen und Rentnern ein einmaliges Wahlrecht einräumen, das ihnen erlaubt, auf die Besteuerung des Eigenmietwertes zu verzichten. Der Bundesrat stellt der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber: Die neue Gesetzesvorlage sieht eine generelle Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung für

alle Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer vor. Die bisherigen Abzugsmöglichkeiten sollen grundsätzlich gestrichen werden. Um dem Verfassungsauftrag der Förderung des Wohneigentums sowie dem Energiesparziel Rechnung zu tragen, sollen jedoch weiterhin Abzüge einerseits für Ersterwerb von selbstbewohntem Wohneigentum und andererseits für hochwertige Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen möglich sein.

Der SGV ist der Ansicht, dass eine einheitliche Lösung für alle Betroffenen einer Sonderregelung für Rentnerinnen und Rentner vorzuziehen ist. Trotz positiver Aspekte wie Einfachheit, Praktikabilität und Mehrertrag bei der indirekten Bundessteuer überwiegen nach Ansicht des SGV aber aus sozialpolitischen Überlegungen die Nachteile eines reinen Systemwechsels.

Erleichterte Einbürgerung von Terzos sistieren

Der SGV hat im Rahmen der Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative «Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen» Stellung genommen. Er beantragt, das Geschäft bis zur Inkraftsetzung der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes zu sistieren. Der SGV stellt fest, die Vorlage der staatspolitischen Kommission des Nationalrates, die Einbürgerung für die dritte Ausländergeneration zu erleich-

tern, komme aufgrund politischer Überlegungen zu früh. Zudem laufe derzeit das Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes, welche die materiellen Voraussetzungen für die erleichterten Einbürgerungen enthalte.

Der SGV macht allerdings darauf aufmerksam, dass aufgrund des erläuternden Berichtes der staatspolitischen Kommission unklar ist, welche Voraussetzungen des Bürgerrechtsgesetzes für die dritte Generation gelten sollen. Einerseits werde darauf hingewiesen, dass die allgemeinen Erfordernisse für das Verfahren der erleichterten Einbürgerung auch bei der dritten Ausländergeneration anwendbar seien, andererseits werde festgestellt, bei Personen der dritten Ausländergeneration werde die Pflicht zum Nachweis materieller Einbürgerungsvoraussetzungen durch eine Integrationsvermutung ersetzt.

Aktuell

Kritik am Leistungsabbau bei der Gemeindetageskarte

Der SGV wehrt sich gemeinsam mit mehreren kantonalen Gemeindeverbänden und aufgrund der Intervention von zahlreichen Gemeinden gegen die von der SBB geplanten Tarifierhöhungen bei den sehr beliebten Gemeindetageskarten. Dieser zweite Preisaufschlag von wiederum 15 Prozent innerhalb von drei Jahren sei nicht zu rechtfertigen, kritisiert der SGV. Die beabsichtigte Einschränkung, wonach die Gemeindetageskarte an Wochentagen nur

noch ab 9 Uhr gültig sein soll, sei für die Gemeinden inakzeptabel, stellt der SGV fest. An einer Aussprache mit der SBB-Direktion Anfang März sollen die Fragen rund um die Gemeindetageskarten diskutiert werden.

Aussprache mit dem Preisüberwacher

Der SGV hat den Preisüberwacher Stefan Meierhans in Sachen Gebühren kontaktiert. Gemäss Art. 14 des Preisüberwachungsgesetzes sind die Gemeinden gesetzlich verpflichtet, insbesondere auch bei Änderungen von Gebühren im Infrastrukturbereich vorgängig beim Preisüberwacher eine Stellungnahme einzuholen. Der SGV stellt in seinem Schreiben an Meierhans fest, eine Konsultation des Preisüberwachers mache in denjenigen Fällen kaum Sinn, in denen eine Gemeinde aufgrund kantonalen Vorschriften verpflichtet sei, für eine Infrastrukturanlage eine kostendeckende Spezialfinanzierung vorzusehen.

Für den SGV ist zudem nicht klar, ob der Preisüberwacher auch für eine Preiserhöhung zu konsultieren ist, wenn sich diese innerhalb eines in einem dem Preisüberwacher früher unterbreiteten und nicht beanstandeten Gebührenrahmens bewegt. Der SGV will mit dem Preisüberwacher die Praxisauglichkeit und den Nutzen dieser Anhörungspflicht erörtern.

Schreibweise der Gemeinde- und Ortschaftsnamen

Die drei Bundesämter für Landestopografie, Verkehr und Statistik haben die neue Publikation «Empfehlungen zur Schreib-

weise der Gemeinde- und Ortschaftsnamen und Richtlinien zur Schreibweise der Stationsnamen» herausgegeben. Diese liegt in Deutsch, Französisch und Italienisch vor und hat Empfehlungscharakter für die Gemeinde- und Ortschaftsnamen sowie Richtliniencharakter für die Stationsnamen. Beispiele in jeder der vier Sprachen veranschaulichen die aufgestellten Regelungen. Das Dokument kann auf dem Portal der amtlichen Vermessung unter www.cadastre.ch (Geografische Namen > Dokumente zum Thema) heruntergeladen oder gedruckt bestellt werden via infofd@swisstopo.ch.

Veranstaltungen

Baukostenplan Tiefbau

Am 9. und 12. März findet im Forum Fribourg im Rahmen der Transinfra eine Veranstaltung statt zum Thema Baukostenplan Tiefbau eBKP-T.

Information: crb, Tel. 044 456 45 45, www.crb.ch

Weiterbildung für Gemeinden

Das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern (KPM) bietet Gemeinden ein vielseitiges Weiterbildungsprogramm an: effizienter Schreiben in der Verwaltung (6. April, Uni Bern), Mithilfe von e-Government Bürgernähe schaffen (16. April), Gemeindefusionen und neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit (29. April), geleitete Schulen – Rollenteilung, Aufga-

ben und Führungsinstrumente (4. Juni).

Kursprogramme und Information: KPM, Tel. 031 631 53 11, www.kpm.unibe.ch

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Im Rahmen des Vorsitzes der Schweiz im Europarat veranstaltet die Schweizerische Vereinigung für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (SVRGRE) am 22. April in Montreux ein Kolloquium zum Stand und zu den Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und ihren Nachbarregionen mit Schwerpunkt auf den Themen Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung.

Information und Programm: Generalsekretariat SVRGRE, Telefon 021 907 23 41, asacre@bluewin.ch

Mobilitätstagung in Basel

«Potenziale des Fuss- und Veloverkehrs im urbanen Lebensraum» – das ist der Titel der dritten Mobilitätstage, die der Verein Sun21 am 23. April in Basel durchführt. Wer Velo statt Auto fährt, das Tram nimmt oder zu Fuss an den Arbeitsplatz geht, fördert die Luftqualität, spart Energie und Kosten und kommt in der Stadt erst noch am schnellsten voran. An der Tagung werden der Beitrag des Fuss- und Veloverkehrs zur 2000-Watt-Gesellschaft sowie die Frage des Investitionsmixes

von Velo- und Fussgängerverkehr gegenüber motorisiertem Individualverkehr diskutiert.

Information und Programm: Sun21, Tel. 061 227 50 50, www.sun21.ch

Leere Stühle in der Gemeindeexekutive?

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) führt in Zusammenarbeit mit dem SGV am 28. April in Chur eine Fachtagung zur Zukunft der Gemeinden durch. Der Titel lautet «Leere Stühle in der Gemeindeexekutive? Ansätze zur Rekrutierung von Exekutivmitgliedern in kleinen und mittleren Gemeinden». Vor allem kleine und mittlere Gemeinden bekunden zunehmend Mühe, geeignete Kandidaten für den Gemeinderat zu finden. Die Arbeit in der Gemeindeexekutive gilt als schlecht bezahlt, und man muss sich der öffentlichen Kritik stellen. Die Tagung will zu dieser aktuellen Diskussion einen Beitrag leisten und verschiedene Lösungswege aufzeigen.

Information: SAB, Tel. 031 382 10 10, www.sab.ch

Generationenübergreifende Gemeinde

Am 6. Mai führt die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) zusammen mit dem Migros-Kulturprozent, dem SGV und den reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn eine Tagung zum Thema «Generationenübergreifende Gemeinde» durch. Die

Veranstaltung findet im Kursaal Bern statt. Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu ermöglichen sowie einen Überblick über nationale und internationale Initiativen und über «best practices» zu geben.

Information: SAGW, Telefon 031 313 14 40, www.sagw.ch

Delegiertenversammlung Comunitas in Flims

Die 43. ordentliche Delegiertenversammlung der Comunitas, Vorsorgestiftung des SGV, wird am 20. Mai in Flims durchgeführt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2009. Geleitet wird die Delegiertenversammlung zum ersten Mal von Martin Plüss, der seit 2009 Präsident der Comunitas ist.

Kommunale Sozialpolitik

Am 24. Juni finden in Neuenburg die Generalversammlung des SGV und die Tagung «Sozialpolitik – Gemeinden leisten wichtige Beiträge» statt. Das Detailprogramm liegt Anfang April vor.

Die Stellungnahmen des Schweizerischen Gemeindeverbandes sind auf der Homepage www.chgemeinden.ch (Politik) aufgeschaltet.